

■ Symposium des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa-Gesellschaft

Abschied von der Demokratie, Abschied von Europa? Die Türkei nach dem Putschversuch vom Juli 2016

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)
Berlin, 9. Februar 2018

Bericht von Ludwig Schulz, München

□ Sorgen um die Demokratie in der Region und insbesondere in der Türkei umrahmten in diesem Jahr die Mitgliederversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft, die am 9. Februar 2018 in Berlin stattfand: Nahm am Folgetag der türkische Journalist Yavuz Baydar den Journalistenpreis der SOG für sein Engagement für Presse- und Meinungsfreiheit entgegen und diskutierte zusammen mit Mitstreitern die prekäre Lage der Medien in der Region auf dem Podium der Jahreshauptversammlung, so widmete sich der Wissenschaftliche Beirat der SOG zum Auftakt dem brennenden Thema: „Abschied von der Demokratie, Abschied von Europa? Die Türkei nach dem Putschversuch vom Juli 2016“.

Nach der Begrüßung von Vertretern des diplomatischen Corps, Bundestagsabgeordneten, weiteren ehrenwerten Gästen sowie allen Teilnehmenden machte SOG-Präsident Dr. h.c. *Gernot Erler* in seiner Eröffnungsrede keinen Hehl aus der Wahrnehmung, dass die Türkei zu einem zunehmend „schwierigen Partner“ geworden sei und werde. Erler überließ es dem Expertenpodium, auf die unzähligen aktuellen Streitfälle in den türkisch-deutschen und türkisch-europäischen Beziehungen einzugehen. Stattdessen verwies er darauf, dass beispielsweise auch das türkisch-russische Verhältnis in den letzten Jahren äußerst angespannt gewesen sei, nachdem die Türkei 2015 in der Grenzregion zu Syrien einen Jet der russischen Luftwaffe abgeschossen und anschließend schmerzliche Sanktionen Moskaus hinzunehmen hatte. Die Normalisierung der Beziehung seit 2016 ginge allerdings, so Erler, nicht nur mit einer türkisch-russischen Rüstungskooperation und verstärkten Koordinierung der Türkei und Russlands sowie des Irans zur interessengeleiteten Einhegung des Syrien-Konflikts einher; sie sei vielmehr noch begleitet von der Irritation und Sorge, dass die Abkehr der Türkei von Europa nunmehr offen politisch vollzogen werde. Dass dies auch und vor allem einen Abschied von demokratischen Werten und Freiheiten bedeute, ließe sich auch daran feststellen, dass Präsident Erdoğan öffentlichen

Dissens zur innen- und außenpolitischen Entwicklung des Landes mehr und mehr repressiv unterdrücken lässt.

Gernot Erler überließ es dem Moderator der anschließenden Podiumsdiskussion, Prof. Dr. *Maurus Reinkowski* (Seminar für Nahoststudien, Universität Basel), die weiteren Diskutanten – Dr. *Dilek Kurban* (Hertie School of Governance, Berlin), Prof. Dr. *Christoph K. Neumann* (Institut für den Nahen und Mittleren Osten, Ludwig-Maximilians-Universität München) und Dr. *Günter Seufert* (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) – vorzustellen. In seiner weiteren Einführung verwies Reinkowski mehr im- als explizit auf verschiedene Perspektiven, die ein annäherndes Verstehen bzw. verschiedene Verständnisse der jüngsten Entwicklungen in der Türkei ermöglichen könnten: So könne das Land etwa im Kontext der „Neuordnung der Region“ im Zuge der „Arabellion“ betrachtet werden, bei der man in der Türkei zunächst das Potenzial eines „Patronage-Staats“ über die Muslimbrüder in Ägypten oder Syrien entdecken konnte. Nunmehr allerdings könne man verfolgen, inwiefern Ankara (einmal mehr und geradezu anachronistisch) gegenwärtig den länderübergreifenden Konflikt mit den Kurden der Region als Binnenfrage wahrnehme und militärisch zu lösen versuche.

Zum anderen komme mittlerweile niemand an der „Zentralität Erdoğan's“ empirisch vorbei. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die seit dem Jahr 2002 immer wieder gewonnenen Parlamentswahlen dem „Majoritarismus der AKP“ weiter Auftrieb gegeben hätten und weil der wieder aufgeflamte Konflikt mit der PKK sowie der Machtkampf mit der Gülen-Bewegung der Staats- und Parteiführung um Erdoğan die Chance geboten habe, dessen „personalisierte Herrschaft“ zu konsolidieren. Des Weiteren biete auch eine historische Kontextualisierung Erkenntnismöglichkeiten mit Blick etwa auf die Frage, ob und wenn ja, inwieweit die Entwicklungen seit dem vereitelten Putschversuch vom 15. Juli 2016 neu gewesen sein könnten. Zumal etwa Präsident Erdoğan heute – wie schon vor ihm General und Präsident Kenan Evren nach dem Militärputsch von 1980 – Formen von *Social Engineering* betriebe, die massive Verwerfungen in den soziopolitischen Strukturen der Türkei hervorriefen.

Eine solche historische Kontextualisierung nahm anschließend *Dilek Kurban* vor. In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen (auf Englisch) stellte sie die lange Tradition autoritärer politischer Praxis („Turkey's political culture never accepted dissent“) sowie insbesondere den „authoritarian constitutionalism“. Letzterer sei bis heute und trotz aller Reformen in der weiterhin gültigen Verfassung von 1980 verankert. Auch sei der seit dem Putschversuch im Juli 2016 anhaltende Ausnahmezustand in Relation zu den langen Phasen von Kriegsrecht und Ausnahmezustand zu sehen, die beispielsweise für Jahrzehnte im Südosten des Landes galten. Als äußerst dramatisch seien die heutigen landesweiten Verhaftungen und Repressionen zu bewerten. Insbesondere müsse vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Ausnahmezustands die Rolle des Verfassungsgerichtshofs neu bewertet werden, forderte Kurban. Hatte dieser noch in den 1990er Jahren argumentiert, dass die damals von der Militärjunta erlassenen Dekrete auf jene kritischen Aspekte und Bereiche von (Sicherheits-)Politik beschränkt sein müssten, die zur Entscheidung für einen Ausnahmezustand geführt hätten und diesen stützten, so habe das Gericht heute seine damalige Position weitgehend revidiert: Nicht nur habe es sich 2017 selbst für nicht-zuständig erklärt, Dekrete jeglicher Art zu prüfen, und der Regierung so einen Blankoschein für ihr Handeln erteilt. Auch habe es die Entfernung von zwei Verfassungsrichtern aus ihren Ämtern ohne belastende Beweislage akzeptiert, ebenso wie es zuletzt hinnahm, dass ein untergeordnetes Gericht sich geweigert hatte, einen Verfassungsgerichtsbescheid zur Freilassung zweier in Untersuchungshaft einsitzender Publizisten zu befolgen (die wenig später neben anderen Journalisten zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden).

Auch *Günter Seufert* wählte eine historische Einbettung und Kontextualisierung seiner Gedanken zu der Frage, wie alt oder neu die aktuellen Entwicklungen in der Türkei seien. Dabei betonte er zunächst, dass der Autoritarismus im Land heute erstmals (bzw. seit Atatürk erstmals) auf einer großen gesellschaftlichen Machtbasis und einem politischen Führer fuße, der sich als „die Verkörperung des nationalen Willens“ stilisiere. Dies würde freilich „Reaktionen und Gegenreaktionen“ hervorrufen, wobei Seufert es offenließ, ob sich daraus ein (Teufels-) Kreislauf ohne Entrinnen ergebe. Das Jahr 2016 sei jedenfalls auch deshalb als ein „historisch neuer Zeitpunkt“ anzusehen, weil die Türkei nicht mehr als die Ausnahme in der seit jeher von Revolutionen, Kriegen und Identitätskonflikten geprägten Region des Nahen und Mittleren Ostens auszumachen sei. Denn bis dato hatten in der Türkei das Militär und die kemalistischen Eliten stets dafür gesorgt, dass der Handlungsspielraum rechts-konservativer Regierungen, die nahezu generell über parlamentarische Mehrheiten verfügten, außen- und sicherheitspolitisch eng begrenzt war. Diesen Primat kemalistischer Politik hätten sie durch – freilich undemokratische – Interventionen in die Politik immer wieder erneuert.

Im letzten Jahrzehnt jedoch, so Seufert, habe die AKP nach ihrem Machtantritt 2002 eine konservativ-demokratische Wende eingeleitet, wodurch sich die Chance geboten habe, die konservative Masse der Bevölkerung auch mental und habituell in den Parlamentarismus zu integrieren. Die Schwächung der Armee seit 2008 und zuletzt der Putschversuch und die anschließenden personellen Säuberungen dienten der AKP nun dazu, die Vormacht des Militärs zu brechen und dessen Unterordnung unter die zivile Gewalt sicherzustellen. Gleichzeitig habe die AKP ihre Reformagenda beendet, beschränke sich innenpolitisch auf den bloßen Machterhalt und stilisiere sich außenpolitisch als „Beschützer der Muslime gegen den Westen“. Allerdings, äußerte Seufert ähnlich wie einleitend Reinkowski, gelte es zu erkennen, dass „die Türkei nicht mehr den Nahen Osten gestaltet“ (wenn sie es denn jemals tat), „sondern der Nahe Osten ist vielmehr in die Türkei eingezogen“. Der erneut entbrannte Konflikt mit der grenzüberschreitend agierenden PKK und den mit ihr verbundenen Organisationen sei hierfür ebenso Beispiel wie die Anschläge des ‚Islamischen Staates‘ im Land. Die Überzeugung Ankaras, den Kurden-Konflikt militärisch lösen zu können, zeuge nicht von einer realistischen Wahrnehmung der heutigen Verhältnisse im Nahen Osten.

Bevor hier weitere Ausführungen Günter Seuferts zum Türkei-EU-Verhältnis (die zugleich die spätere Diskussion des Panels mit dem Auditorium prägten) knapp wiedergegeben werden sollen, ist an dieser Stelle auf *Christoph Neumanns* Beitrag zur geschichtswissenschaftlichen Einordnung der gegenwärtigen Entwicklungen hinzuweisen. Neumann lenkte den Blick auf einen oft übersehenen Faktor: die Macht des Kapitals. „Seit dem 16. Jahrhundert“, so der Historiker, „hat die Türkei unter Kapitalmangel gelitten – bis zum Jahr 2003“. Mit dem Antritt der AKP (und wohl auch dem Umstand, dass diese allein regieren konnte und damit fähig und bereit war, die damaligen wirtschafts- und finanzpolitischen Reformempfehlungen Kemal Derviş's fortzusetzen) setzte eine neoliberale Wende in der türkischen Wirtschaft ein, die bis heute für viele (und für wenige umso größere) Früchte trage. Gab es unter der Bedingung der Kapitalknappheit stets Verteilungskämpfe, bei denen das Militär als *Player* mit eigenen Pfründen abseits stand, so habe sich dies in den 2000er Jahren durch die kapital-, wachstums- und unternehmerfreundliche Politik der AKP (sowie – dank der Zollunion – mit Unterstützung der EU und der weltwirtschaftlichen Entwicklung) entscheidend geändert.

Neumann zufolge vermochte es die AKP lange Jahre, sehr viele sozio-ökonomische Gruppen im Land zu erreichen, diese für ihre politischen Zwecke zu mobilisieren und so dem Klientelismus vergangener Jahre und Jahrzehnte weniger zu frönen. Ohne konkret darauf einzugehen, wie sich die Dinge zuletzt offensichtlich veränderten (es sei hier nur verwiesen auf eine steigende

Inflation, Währungsschwächen, wachsende Arbeitslosigkeit, den Wegfall wichtiger Märkte in der regionalen Nachbarschaft, weltwirtschaftliche Entwicklungen sowie ein abnehmendes Vertrauen ausländischer Investoren in die politische Stabilität der Türkei und ihres Umfelds), erläuterte Neumann weiter seine Einschätzung, die Türkei habe sich mittlerweile von einer Autokratie in „eine Diktatur“ verwandelt, da zusätzlich zu den Faktoren unfairer Machtverteilungspraktiken und systematischer Repression die Willkür als Mittel staatlicher Herrschaftspolitik getreten sei. Neumann vermutete ferner, dass vom türkischen Parlamentarismus aufgrund eines breiten national-konservativen Blocks aus AKP, MHP und anderen Parteien sowie eines neuen Wahlrechts nur mehr „ein Rumpf“ übrigbleiben werde. Und er äußerte seine Besorgnis, dass sich nach der Einführung des präsidentiellen Herrschaftssystems 2019 die diktatorischen Auswüchse in einer Post-Erdoğan-Phase noch verschärfen könnten, da ein neuer Präsident „ohne Erdoğan's Charisma, dafür aber in ständiger Angst“ wohl noch repressiver herrschen würde.

Wie erwähnt drehte sich ein Teil der Diskussionen mit dem Publikum nach den drei Hauptstatements des Expertenpodiums vor allem um das gegenwärtige Verhältnis zwischen der Türkei und Europa bzw. der EU. Dabei argumentierte Günter Seufert zunächst, die Europäer hätten den 2005 begonnenen Beitrittsprozess stets mit einem „Diskurs der Angst vor der türkischen Mitgliedschaft“ begleitet, anstatt diesen als ein „Instrument zur Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Türkei“ zu betrachten. Die EU, ebenso wie die NATO, müsse heute den Verlust ihrer Einflussmacht auf die Türkei feststellen. Außerdem schwäche die Uneinigkeit der EU-Mitgliedsländer in der Frage des Türkei-Beitritts ihr Auftreten gegenüber Ankara. Dagegen könne die NATO, so Seufert, womöglich „in fünf oder zehn Jahren“ ein Ende der Mitgliedschaft der Türkei erleben, da ein immer tiefer werdender Riss zwischen Ankara und gerade dem für das Bündnis essenziellen Partner USA entstehe. Dieses Szenario wurde von Diskussionsteilnehmern mit Blick auf die Sicherheitsinteressen der Türkei und ihre Vetomacht im Bündnis in Frage gestellt; von Seufert aber zumindest für denkbar gehalten, da die Entfremdung und – aktuell gerade mit Blick auf Nord-Syrien – die gegenseitige Anfeindung offensichtlich sei sowie Kurzschlusshandlungen möglich würden.

Welche Möglichkeiten gebe es für Europa, noch auf die Türkei einzuwirken? Dilek Kurban beklagte, wie wenig von Europa die Werte in der Türkei schütze und verteidige, für die es selbst stehe. Der Beitrittsprozess müsste ihrer Meinung nach abgebrochen werden, da die Türkei ja nicht einmal mehr diejenigen politischen Bedingungen mit Blick auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit erfülle, die eigentlich Voraussetzungen für einen Beginn von Verhandlungen seien. Doch nichts dergleichen sei geschehen; vielmehr habe der Rat der EU-Außenminister das Referendum zur Verfassungsreform in der Türkei akzeptiert, die Zerstörungen und das Leid der Menschen im Südosten der Türkei seien nahezu ungerügt, wenig konkrete Solidarität und Unterstützung zeigten die Regierungen Europas mit den Opfern von Repression und Willkür. Günter Seufert teilte die politische und moralische Kritik, wies allerdings auch auf die Komplexität der Zusammenhänge und die Eigeninteressen der EU-Mitgliedstaaten hin. Ohne den Beitrittsverhandlungsprozess verlöre die EU jeglichen Einfluss auf Ankara; Wirtschaftssanktionen oder andere Maßnahmen ließen sich in der EU aufgrund nötiger Einstimmigkeit und divergierender Interessen einzelner Mitgliedsländer nicht beschließen; und die deutsche Regierung etwa sei vom Erfolg der Flüchtlingsvereinbarung abhängig und müsse wie viele andere auch gerade in sicherheitspolitischen Angelegenheiten weiter eng mit Ankara zusammenarbeiten. Umgekehrt habe gerade die türkische Wirtschaft und damit auch die Politik ein Interesse an der vertieften Kooperation mit Europa, um aus dem *„middle income trap“*, in dem sich die Türkei mittelfristig befinde, herauskommen zu können.

Christoph Neumann machte darauf aufmerksam, dass Deutschland und Europa auch in alternative Richtungen denken müsse, die es ermöglichen könnten, Druck aufzubauen. So etwa sei die Hochschul- und Forschungszusammenarbeit für die Türkei kurz- wie auch mittel- und langfristig bedeutsam, damit die Regierung die sozio-ökonomische Transformation im Bildungssektor sowie in der technischen und wirtschaftlichen Forschung und Entwicklung fortsetzen könne. Aus diesem ziemlich einseitigen Abhängigkeitsverhältnis Ankaras von der EU könne Letztere Kapital schlagen, etwa indem sie Hochschulen und Unternehmen sanktioniere, die sich aktiv am Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei beteiligten, oder indem sie Netzwerke von Exilwissenschaftlern fördere.

Das Symposium des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa-Gesellschaft dürfte bei vielen Teilnehmenden ein sorgenreiches Stimmungsbild zur Lage von Demokratie und Europa-Zugehörigkeit der gegenwärtigen wie auch der zukünftigen Türkei hinterlassen haben. Dabei konnte leider aufgrund mangelnder Zeit nicht annähernd detailliert auf die unzähligen Konfliktefälle und Dilemmata eingegangen, geschweige denn Lösungsoptionen diskutiert werden, die derzeit und mittelfristig die türkisch-deutschen und türkisch-europäischen Beziehungen belasten. Auch hier müssen Stichworte genügen wie etwa: Die Causa Deniz Yücel und die Situation inhaftierter Deutscher; die Erdoğan-Verehrung unter Deutsch-Türken; Verbände, Rolle des Internets und das Superwahljahr 2019; nach Deutschland und in andere EU-Staaten geflohene Putschisten, Gülen-Anhänger und Regimekritiker; der Umgang deutscher und europäischer Behörden, Parteien und Medien mit der PKK und der Gülen-Bewegung; Rüstungsexporte in die Türkei und die türkische (Un-)Sicherheitspolitik gegenüber ihrer Nachbarschaft; Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit hier, anti-westliche Konspirationen und Radikalisierung dort, etc. pp. Es ist zu hoffen, dass die SOG Zeit und Mittel findet, sich diesen brennenden Problemen in naher Zukunft weiter eingehend widmen zu können.
